

Antrag

der Abgeordneten Richard Michael Swann und der CDP/CDS-Fraktion im Deutschen Bundestag

Nationales Weltraumgesetz vorlegen – New Space nicht ausbremsen

Der Bundestag möge beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland ist die einzige führende Raumfahrtation ohne eigenes Weltraumgesetz. Während Frankreich, das Vereinigte Königreich, Luxemburg und selbst kleine Raumfahrtstandorte längst klare nationale Rechtsrahmen geschaffen haben, hängen Genehmigung, Aufsicht und Haftung privater Raumfahrtaktivitäten in Deutschland im luftleeren Raum. Nach dem Weltraumvertrag von 1967 und dem Haftungsübereinkommen von 1972 haftet die Bundesrepublik völkerrechtlich unbegrenzt für Schäden, die von deutschen Weltraumgegenständen verursacht werden, ohne dass ein Gesetz den Rückgriff auf die Betreiber, die Versicherungspflichten oder die Genehmigungsvoraussetzungen regelt. Diese Rechtsunsicherheit ist ein Standortnachteil, den sich Deutschland im Wettlauf um die Raumfahrtwirtschaft der Zukunft nicht leisten kann.

Dabei ist die deutsche New-Space-Szene längst Weltspitze im Wartestand. Deutsche Unternehmen entwickeln Trägerraketen, Kleinsatelliten, Antriebe und Satellitendatendienste, die Branche wächst, und Deutschland war bei der Ministerratskonferenz der Europäischen Weltraumorganisation im November 2022 mit einer Zeichnung von rund 3,5 Milliarden Euro größter Beitragszahler. Doch die kommerzielle Ernte fahren andere ein: Deutsche Trägerraketen starten mangels heimischen Rechtsrahmens und heimischer Startinfrastruktur von ausländischen Plattformen, Gründerinnen und Gründer weichen in Rechtsordnungen aus, die ihnen kalkulierbare Haftungsobergrenzen und schnelle Genehmigungen bieten.

Die Bundesregierung kennt das Problem seit Jahren und kündigt seit Jahren an. Ein nationales Weltraumgesetz wurde in den Koalitionsverträgen der Jahre 2018 und 2021 versprochen und zuletzt in der Raumfahrtstrategie der Bundesregierung vom September 2023 erneut angekündigt. Vorgelegt wurde nichts. Zugleich wächst die sicherheitspolitische Bedeutung des Weltraums: Satellitenkommunikation, Erdbeobachtung, Navigation und Frühwarnung sind kritische Infrastruktur, und die Fraktion der CDP/CDS hat den Weltraumsektor in ihrem Entwurf eines KRITIS-Schutzgesetzes folgerichtig den besonders wichtigen Einrichtungen zugeordnet. Wer den Sektor schützen will, muss ihm zugleich einen Rechtsrahmen zum Wachsen geben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. innerhalb von sechs Monaten den Entwurf eines nationalen Weltraumgesetzes vorzulegen, das ein einstufiges Genehmigungsverfahren für Weltraumaktivitäten mit klaren Fristen und einer Genehmigungsfiktion bei Fristablauf vorsieht,
2. die Haftung der Betreiber zu begrenzen, indem der Rückgriff des Bundes auf versicherbare, nach Risikoklassen abgestufte Obergrenzen gedeckelt wird, damit Start-ups und Mittelständler kalkulierbare Bedingungen erhalten,
3. für Kleinsatelliten sowie für Forschungs- und Hochschulmissionen vereinfachte Anforderungen und reduzierte Versicherungspflichten vorzusehen,
4. Genehmigung, Registrierung und Aufsicht bei der Deutschen Raumfahrtagentur als zentraler Anlaufstelle zu bündeln,
5. den Aufbau souveräner Startinfrastruktur zu unterstützen, insbesondere das Vorhaben einer mobilen Startplattform in der Nordsee, und Abkommen für Starts deutscher Träger von Partnerstandorten abzuschließen,
6. verbindliche Regeln zur Vermeidung von Weltraumschrott und zur Deorbitierung ausgedienter Satelliten im Gesetz zu verankern und sich international für entsprechende Standards einzusetzen,
7. die öffentliche Beschaffung als Ankerkunde für Startdienstleistungen, Satellitenkonstellationen und Erdbeobachtungsdaten deutscher Anbieter zu nutzen,
8. bei der Ausgestaltung des Gesetzes auf jede über das völkerrechtlich Gebotene hinausgehende Belastung zu verzichten und die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen gesondert darzustellen.

Berlin, den 4. Juli 2026

Richard Michael Swann und Fraktion